

KLIMABEDINGTER STRUKTURWANDEL IN DER REGION.

Eingereicht von: Dr.-Ing. Klaus Freytag, Büro des Lausitz-Beauftragten des Ministerpräsidenten der Staatskanzlei des Landes Brandenburg

Ein klimabedingter Strukturwandel kann in der Region nur gelingen, wenn dieser intrinsischen Pfaden und Ansätzen im Sinne des Bottom-up-Prozesses folgt. Mit dem Investitionsgesetz Kohleregionen (InvKG), welches als Artikel 1 des Strukturstärkungsgesetzes (StStG) am 8. August 2020 in Kraft getreten ist, unterstützt der Bund die vom Kohleausstieg betroffenen Regionen längstens bis 2038 bei der Bewältigung des Strukturwandels mit insgesamt bis zu 40 Mrd. Euro.

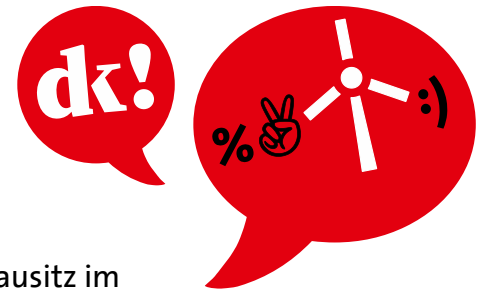
Dem Lausitzer Revier, als länderübergreifend vom Transformationsprozess betroffene Region, stehen hierbei Strukturstärkungsmittel von bis zu 17,2 Mrd. Euro zur Verfügung (Brandenburg: 10,32 Mrd. Euro, Sachsen: 6,88 Mrd. Euro).

Der Strukturwandelprozess in der Lausitz vollzieht sich vor dem Hintergrund der Lebenserfahrungen der Menschen aus dem Strukturbruch der 90er-Jahre. Damit sind die Hürden für den ökologischen Umbau der Industrie und Landwirtschaft, den energiewendebedingten Kohleausstieg, die Digitalisierung der Arbeits- und Lebenswelt umzusetzen, besonders hoch gesetzt. Hinzu kommt der demografische Wandel, welcher auf Grund des Wegzuges aus den neuen Bundesländern in den 90er-Jahren vielfach verstärkt wirkt. Um gleichwertige und geschlechtergerechte Lebensverhältnisse in der Lausitz zu erhalten bzw. herzustellen, muss politisches Handeln dabei ganzheitlich die sozialen, demografischen und kulturellen Herausforderungen in den Blick nehmen.

In nur kurzer Zeit ist es uns im Land Brandenburg gelungen, die notwendigen Rahmenbedingungen für einen erfolgreichen, die o. g. Ansprüche beachtend zu etablieren. Dabei sind die Herausforderungen einer die Landesgrenzen überschreitenden Lausitz ein zusätzlicher, herausfordernder Faktor.

Die mit dem Strukturstärkungsgesetz finanzierten Projekte im „Landesarm“ werden konsequent über einen Werkstattprozess identifiziert, qualifiziert und beschlossen. In fünf thematischen Werkstätten, entsprechend den Förderschwerpunkten, treffen Vertreterinnen und Vertreter von Interessengruppen (Zivilgesellschaft, Kammern, Gewerkschaft, Kommune etc.) auf die fachlich zuständigen Vertreter der regionalen Landesverwaltung der Ministerien. Die überwiegend in der Region identifizierten Projekte werden so in einem Bottom-up-Prozess von einer breiten Mehrheit getragen. Die Wirtschaftsregion Lausitz (WRL) ist eine Gesellschaft der Lausitzer Landkreise, der Stadt Cottbus und dem Land Brandenburg.

Mit den im Strukturstärkungsgesetz festgelegten Bundesprojekten und den regionalen Projekten wird eine Gesamtvernetzung im Sinne einer Modellregion



angestrebt. Die Ziele der Modellregion sind durch das Leitbild Lausitz im Strukturstärkungsgesetz vorgegeben. Die Verknüpfung sichert, dass keine losgelösten Einzelprojekte entstehen. Eine früh beauftragte Begleitforschung soll die Strukturwirksamkeit und Qualität des Transformationsprozesses absichern bzw. eine Justierung vorgeben. Das entstehende „Gesamtbild Lausitz“ soll mit einer abgestimmten Öffentlichkeitsarbeit bei der Wirtschaftsregion Lausitz GmbH (WRL) und durch deren Imagekampagne „Aufbruch Lausitz“ dargestellt werden und den Strukturwandel noch sichtbarer in die Region tragen. Insbesondere gilt es den partizipativen Bottom-up-Ansatz zu verstetigen, nur ein aus der Region heraus getragener Strukturwandel kann erfolgreich sein, nur mit den Lausitzerinnen und Lausitzern gelingt die Modellregion im Herzen Europas.

Erste konkrete Erfolge sind bereits sichtbar: Durch die Realisierung des Ausbaus des ICE-Instandhaltungswerkes in Cottbus und die damit verbundene Schaffung von 1.200 wichtigen Industriearbeitsplätzen. Die zügige Sichtbarkeit des „Umbaus“ schafft Vertrauen in den gesamten Prozess.

Der Grundstein für einen erfolgreichen Strukturwandelprozess in der Lausitz ist gelegt. Die frühzeitige Beteiligung der Menschen vor Ort in die Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse bleibt eine zentrale Voraussetzung für das Gelingen der weiteren Transformation. Wichtig ist, dass Politik durch Verlässlichkeit den eingeschlagenen Weg begleitet und aktiv unterstützt. Transformation ist nicht die Aufgabe einer Legislaturperiode, sondern eine Generationenaufgabe, wir sprechen auch vom „Transformationsmarathon“.